

Einleitung

Zur Jahrtausendwende ist die Gesellschaft einem bedeutenden Wandel unterworfen, vor allem in politischer, wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht. Politisch haben sich in den vergangenen fünf Jahren die allgemeinen Rahmenbedingungen durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union wesentlich geändert. Dabei zeugt die beobachtbare Ausbildung einer europäischen Öffentlichkeit von der Dynamik des Integrationsprozesses. Wirtschaftlich sorgen die stärkere Integration der ostmittel- und osteuropäischen Länder sowie der wachsende Migrationsdruck bzw. -bedarf für neue Herausforderungen, während das Ausmaß der Veränderung in allen Bereichen der menschlichen Gesellschaft durch die weltweit stattfindende technologische Revolution noch kaum abzuschätzen ist. Die möglichst umfassende Erforschung dieser gesellschaftlichen Transformationsprozesse ist die gemeinsame Aufgabe der fünf bestehenden Forschungseinrichtungen des Fachbereichs Sozialwissenschaften an der ÖAW.

Dabei untersucht das 1994 gegründete Institut für Technikfolgen-Abschätzung die Auswirkungen und die gesellschaftliche Akzeptanz technischer Entwicklungen, vor allem im Bereich der digitalen Revolution, der Biotechnologie und des Gesundheitswesens; neben unverzichtbarer Grundlagenforschung bietet es im Wege der Auftragsforschung konkrete Handlungsoptionen für die öffentliche Hand an.

Als einzige nationale Forschungseinrichtung auf ihrem Gebiet widmet sich das 1976 in engem Naheverhältnis zur Statistik Österreich gegründete Institut für Demographie der Analyse demographischer Prozesse (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen bzw. Scheidungen und Wanderungen) sowie deren gesellschaftlicher Ursachen in Österreich.

Empirische Sozialforschung im räumlichen Kontext mit den Schwerpunkten Migration und Segregation, etwa bezüglich sozialer und beruflicher Mobilität sowie Wohnungs- und Arbeitsmarkt, wird am Institut für Stadt- und Regionalforschung betrieben, das sich – 1988 in der heutigen Form eingerichtet – in der Hauptzielrichtung der Stadt- und Transformationsforschung vor allem mit den ostmitteleuropäischen Staaten sowie mit Lateinamerika befasst.

Das Forschungsziel der gesellschaftlichen Prozessforschung wird somit von verschiedenen Seiten synergetisch angesteuert, was sich an der 1998 in der Nachfolge der Forschungsstelle für Sozioöko-

nomie neu eingerichteten Forschungsstelle für institutionellen Wandel und europäische Integration deutlich zeigt. Nicht nur die Transformation von Staatlichkeit und die Qualität des europäischen Integrationsprozesses an sich stehen im Zentrum des Forschungsinteresses, sondern ebenso die Auswirkungen des neuen Kommunikationssystems auf die Ökonomie sowie die Transnationalisierung von Politik und die Veränderung der Grenzen demokratischer Gemeinschaften. Damit bestehen gerade im Bereich der Erfassung der Auswirkungen der digitalen Revolution Berührungspunkte mit dem Institut für Technikfolgen-Abschätzung.

Grundlagenforschung zur Funktion von Massenmedien in der politischen Kommunikation liefert die 1994 eingerichtete Kommission für historische Pressedokumentation, die auf der Basis der Kulturindikatorenforschung Beiträge zur Erfassung kollektiver Bewusstseinsphänomene der Vergangenheit und Gegenwart bereitstellt.

Nicht disziplinäre Fachfragen, sondern interdisziplinäre Problemfragen bilden den Maßstab für die Arbeitsweise jeder einzelnen Forschungseinrichtung, die in der konstruktiven Zusammenschau ihrer Ergebnisse innovativen Mehrwert erzielen. Die vornehmliche Konzentration auf das regionale Forschungsfeld Österreich hat gerade im vergangenen Jahr fünf eine deutliche Erweiterung auf die Wechselwirkungen mit den europäischen Nachbarländern erfahren. In den kommenden fünf Jahren wird diese Einbindung um eine bewusst internationale Vernetzung in verstärkten Kooperationen ergänzt werden. Dies erscheint um so dringlicher, als die durch die technologische Revolution zu Beginn des neuen Jahrtausends in Gang gesetzten Umwälzungen erst im Begriff sind, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft tiefgreifend sowie grenzüberschreitend zu verändern. Der Bereich Sozialwissenschaften ist daher nicht nur innerhalb der ÖAW, sondern darüber hinaus für die gesamte Forschungslandschaft Österreichs in den nächsten fünf Jahren von hervorragender Bedeutung.

Kommission für historische Pressedokumentation (PDOK)

Hauptzielrichtung des Forschungsprogramms

Im Zentrum des Forschungsprogramms der PDOK steht die Frage nach der Funktion der Massenmedien in der politischen Kommunikation, insbesondere nach grundlegenden kognitiven Schemata in

der medienvermittelten Darstellung von Politik. Die für eine solche Fragestellung notwendig längerfristig zu dimensionierenden Untersuchungen erfordern einerseits ein für diese zeitlich-komparatistische Perspektive geeignetes methodisches Instrumentarium, wie es das Konzept *kultureller Indikatoren* bietet, und andererseits die Kenntnis der strukturellen und ökonomischen Entwicklung des Mediensystems. Die Forschungen konzentrieren sich derzeit auf die Tagespresse, die seit der Ausweitung der politischen Partizipationsmöglichkeiten gegen Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart bestimmender Bestandteil der politischen Kommunikation ist (wenn auch in unterschiedlichen Medienkonstellationen). Sie können nunmehr – sowohl für Österreich als auch partiell für Deutschland – auf einer umfassenden Dokumentation pressestatistischer Daten aufbauen, die in der ersten Phase der Kommissionsstätigkeit erstellt worden ist. Mit den bisher vorgelegten Untersuchungen von Medieninhalten anhand sozialpsychologisch oder politikwissenschaftlich fundierter Indikatoren folgt die 1994 gegründete Kommission dem internationalen Trend kommunikationswissenschaftlicher Forschung

- zu Langzeitstudien,
- zur Fokussierung auf die Interpretationsleistung der Medien,
- zur Einbindung theoretischer Ansätze benachbarter Disziplinen.

Aus demokratietheoretischer Sicht stellen Massenmedien idealiter sowohl für politische Entscheidungen als auch für gesellschaftliche Bedürfnisse Öffentlichkeit her und tragen dadurch zur gesellschaftlichen Integration bei. Als institutionalisierte Foren von Öffentlichkeit bieten sie einerseits anderen im intermediären Prozess beteiligten Institutionen (wie politischen Parteien, Kirchen oder Verbänden, aber auch sozialen Bewegungen und informelleren Interessensvereinigungen) die Voraussetzung zur Erfüllung ihrer jeweiligen spezifischen Funktionen. Sie agieren aber andererseits durchaus auch als eigenständige politische Akteure, indem es in demokratischen Systemen zu ihren Aufgaben gehört, die zentralen Probleme zu benennen, deren Ursachen zu identifizieren, Lösungsmechanismen zu diskutieren und Verantwortlichkeiten zuzuweisen. Die dabei zum Tragen kommenden journalistischen Handlungsmuster haben in der Kommunikationswissenschaft zur These von der Konstruktion einer eigenen Medienrealität bzw. eigener Medienrealitäten geführt.

Diese demokratietheoretische Fundierung der Funktion der Massenmedien bestimmt die zeitliche Dimensionierung des Forschungsprogramms ebenso wie die vorrangigen Forschungsfragen. So bildet der im letzten Quartal des 19. Jahrhunderts einsetzende, nicht zufällig mit der Ausbildung der Massenpresse einhergehende Demokratisierungsprozess durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts den Ausgangspunkt der Analysen, die derzeit schwerpunktmäßig in der Phase bis zum Ende der

Ersten bzw. Weimarer Republik angesiedelt sind, aber schrittweise auf den Zeitraum nach 1945 ausgedehnt werden sollen. Mit der gewählten längerfristigen Perspektive rückt die Frage des Wandels im Verhältnis der Massenmedien zum politischen System wie zu anderen Institutionen des intermediären Gefüges einer Gesellschaft in den Fokus des Forschungsinteresses, wobei in weiterer Konsequenz die Folgen dieses Ausdifferenzierungsprozesses zum Gegenstand der Forschung zu machen sind. Hier ist über die Thematisierungsleistung der Massenmedien hinaus nach den mit den journalistischen Selektions- und Transformationsprozessen verbundenen und gleichermaßen vermittelten grundlegenden kognitiven Schemata zu fragen, deren Auswirkungen auf die Art und Weise, wie politische Informationen durch den Rezipienten verarbeitet werden, wiederholt belegt worden sind.

Zu diesen die Komplexität politischer Abläufe reduzierenden Schemata, auf die Walter Lippmann schon 1922 aufmerksam gemacht hatte (*pictures in our heads*) und die jüngst als *framing* oder *second-level-agenda-setting* diskutiert werden, gehören sowohl Attributionsmuster als auch weltanschauliche Wertvorstellungen (also kausale und ideologische Schemata); im Sinne des *framing*-Ansatzes können sie als abstrakte und themenübergreifende Interpretationsrahmen für politische *issues* und konkrete *Policy-Options* betrachtet werden. Im Hinblick auf ihre Analyse insbesondere in zeitlichen und/oder geographischen Vergleichen bietet sich das Konzept *kultureller Indikatoren* an, das für die Massenkommunikationsforschung vor allem von George Gerbner und Karl Erik Rosengren formuliert und in zahlreichen langfristigen inhaltsanalytischen Untersuchungen – beispielsweise von Fernsehsendungen (*violence profiles*) und Kommentaren in Tageszeitungen (Indikatoren *freedom* und *equality*) – erprobt worden ist.

Zukünftige Entwicklung der Forschungsaktivitäten

Da Wahlen einerseits Kulminationspunkte politischer Kommunikation und andererseits unter den regelhaft auftretenden politischen Abläufen, über die Medien berichten, die folgenreichsten sind, konzentriert sich das Forschungsinteresse derzeit auf die Wahlkommunikation als dem „klassischen“ Forschungsfeld der Kommunikationswissenschaft. Langfristig ist jedoch eine Erweiterung des Forschungsgegenstands auf Politikfelder bzw. auf politische Inhalte in anderen Ressorts – wie beispielsweise in der Kulturberichterstattung – wünschenswert.

- So wurde für die Analyse der Berichterstattung nach der Wahl, deren Bedeutung für den gesellschaftlichen Interpretationsprozess des Wahlergebnisses im Hinblick auf die Neudefinition des politischen Kräfteverhältnisses in mehreren rezenten Studien belegt worden ist, der attributions-theoretisch fundierte Indikator „Sieger- und Verliererwahrnehmung“ entwickelt und in einer Pilotstudie für die Berliner Tageszeitungen

1928–1932 erprobt. Aufgrund der hier zugrunde gelegten These Richard Hamiltons, wonach ein „rechtes“ Presseklima den Aufstieg der NSDAP begünstigt habe, soll die Untersuchung zunächst – in Übereinstimmung mit den wäherersozio-logischen Analysen Jürgen Falter’s – auf den Zeitraum von der Reichstagswahl im Mai 1924 bis zu jener im November 1932 ausgedehnt werden.

- Die als Begleitstudie durchgeführte soziometrische Analyse der intermedialen Wahrnehmung stellt einen methodischen Beitrag zur inhaltsanalytischen Bestimmung von Leitmedien dar, denen aufgrund der wechselseitigen Orientierung der Medien aneinander (*inter-media-agenda-setting*) besondere Bedeutung zugeschrieben wird. Der Ansatz kann als methodisches Äquivalent zum heute üblichen Ermittlungsmodus durch Journalistenbefragung gelten, der auch historisch dimensionierte Untersuchungen von Leitfunktionen im Mediensystem ermöglicht. Da die Definition von Leitmedien in der Kommunikationswissenschaft auch ein geeignetes Kriterium der *Samplebildung* darstellt, soll es in der unten genannten Langzeitstudie Verwendung finden.
- Während in den bisherigen Untersuchungen der Kommission zur Wahlberichterstattung die redaktionelle Linie der Zeitungen anhand des Indikators „Wahlempfehlung“ gemessen wurde, sollen in einem breit angelegten, von der Reichsratswahl 1897 (der ersten allgemeinen Wahl) bis zur Gegenwart reichenden Forschungsvorhaben erstmals umfassend die in der österreichischen Tagespresse vermittelten weltanschaulichen Wertvorstellungen, definiert auf der Basis des von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan für den europäischen Parteibildungsprozess entwickelten *Cleavage-Konzepts*, analysiert werden. Eine Pilotstudie zur Erprobung des methodischen Instrumentariums bezieht sich derzeit auf einen Vergleich der Wahlkampfberichterstattung der deutschsprachigen Tageszeitungen ausgewählter österreichischer Kronländer zu den Reichsratswahlen 1901 und 1911. Ihre Ergebnisse werden in Relation zu einer Charakterisierung der strukturellen Entwicklung des Tagespressemarkts als Teil des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses diskutiert.

Während die genannte Pilotstudie einen ersten Versuch darstellt, kulturelle und soziale Indikatoren stärker aufeinander zu beziehen, werden soziale Indikatoren im Medienbereich (die mit Hilfe der an der Kommission erstellten pressestatistischen Dokumentationen erstmals auf eine solide Datengrundlage gestellt werden können) auch isoliert für Beschreibungen von strukturellen Veränderungen des Pressemarkts verwendet. Dazu gehört eine vergleichende Darstellung des Ausdifferenzierungsprozesses des Medien(sub)systems Tagespresse in den Metropolen Berlin und Wien vom ausgehenden 19. bis in die 30er-Jahre des 20. Jahrhunderts ebenso wie eine Analyse der Konzentrationsprozesse auf

dem österreichischen Tagespressemarkt nach 1945, die im Rahmen eines europäisch vergleichenden Projekts des Instituts für Journalistik und Kommunikationsforschung in Hannover fortgeführt werden soll. Zur Untersuchung der ökonomischen Rahmenbedingungen wurde unter der Fragestellung der Integration von Zeitungsunternehmen in das Wirtschaftssystem am Beispiel der Aktiengesellschaften als Verleger von Wiener Tageszeitungen 1902–1938 ein netzwerkanalytischer Ansatz erprobt.

Im Zentrum der Publikationstätigkeit der PDOK stehen die Herausgabe der Reihe „Die Wiener Tageszeitungen“, von der bisher Band 3 (1918–1938) und Band 5 (1945–1998) erschienen sind, und die Veröffentlichung der Beiträge zu den regelmäßig veranstalteten Tagungen (zuletzt: „Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien“). Die seit 1995 zweimal jährlich erscheinende Zeitschrift „Relation“ versteht sich als interdisziplinäres Forum zur Diskussion der vielfältigen Beziehungen zwischen „Medien – Gesellschaft – Geschichte“ (so der Untertitel). Die an der PDOK erstellten Dokumentationen (pressestatistische Daten derzeit für Wien 1889–1998, Österreich 1945–1998 und Berlin 1918–1933 sowie Unternehmensdaten für Wien 1902–1945) sind als Datenbanken, zum Teil auch online, zugänglich.

Kooperationen und Interdisziplinarität

Schon die Entwicklung der zur Erfassung pressestatistischen Datenmaterials erforderlichen computer-gestützten Dokumentationsmodelle erfolgte in engem Erfahrungsaustausch mit den zentralen Dokumentationszentren in Deutschland wie dem Institut für Zeitungsforschung, Dortmund, und der Deutschen Presseforschung, Bremen. In dieser Tradition steht auch die aktuelle Forschungstätigkeit der Kommission: sowohl hinsichtlich inhaltlich vergleichender Projekte (beispielsweise mit dem Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung in Hannover und dem Otto-Suhr-Institut für Politische Wissenschaft der FU Berlin) als auch hinsichtlich der Weiterentwicklung methodischer Ansätze (wie beispielsweise mit der Graduate School of Business, Stanford University). Daneben dient die Durchführung von interdisziplinär zusammengesetzten Workshops, die stets mit Partnerinstitutionen (wie dem Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg und dem Ludwig-Boltzmann-Institut für historische Sozialwissenschaft, Wien) vorbereitet und organisiert werden, der Diskussion von Konzepten und Zwischenergebnissen im internationalen Forschungszusammenhang.

Personal- und Infrastrukturbedarf

Sowohl Archivrecherchen als auch Kodierung, Datenimplementierung und -auswertung sollten nach Möglichkeit nicht auf Werkvertragsbasis durchgeführt werden, da weder die längere Einarbeitung noch das notwendige intensive Training im kurzfri-

stigen Einsatz rentabel sind. Eine Erweiterung des wissenschaftlichen Personals von derzeit 3 $\frac{1}{2}$ wissenschaftlichen Mitarbeitern (2 $\frac{1}{2}$ ÖAW, 1 Drittmittel) auf 5 $\frac{1}{2}$ wissenschaftliche Mitarbeiter (3 $\frac{1}{2}$ ÖAW, 2 Drittmittel) wird daher dringend benötigt. Zur permanenten Betreuung der Bibliothek sowie zur Unterstützung der Organisation der veranschlagten Workshops ist eine Aufstockung des Sekretariats von 50% auf 100% wünschenswert.

Durch den im Rahmen des Investitionsbudgets erst jüngst angeschafften IBM Netfinity-Server und die Umstellung auf Windows 2000 sollte mittelfristig lediglich die Anpassung der noch schwächer ausgerüsteten PC-Arbeitsplätze durch deren Aufrüstung bzw. durch Anschaffung leistungsstärkerer PCs erfolgen.

Institut für Demographie (IfD)

Hauptzielrichtung des Forschungsprogramms

Hauptaufgabe des IfD ist die Erforschung der demographischen Struktur und Entwicklung der Bevölkerung Österreichs und der zugrunde liegenden Populationsdynamik (Fertilität, Mortalität, Migration) in ihren sozialen, wirtschaftlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhängen. Dazu gehören auch Analysen der Gründe des demographischen Wandels und der vielfältigen Folgen der Bevölkerungsentwicklung für die einzelnen Politik- und Gesellschaftsbereiche. Konstante Problemstellungen in Gegenwart und Zukunft sind vor allem die niedrige Fertilität weit unterhalb des Ersatzniveaus, die Pluralisierung von Biographien und familialen Lebensformen, die internationale Zuwanderung und die Notwendigkeit der Ausländerintegration, die sinkende und dennoch sozial ungleiche Mortalität, die bevorstehende enorme Alterung der Bevölkerung sowie Konsequenzen des soziodemographischen Strukturwandels. Das IfD betreibt Grundlagenforschung im Bereich der Demoökonomie und der Bevölkerungsmathematik.

Eine grundsätzliche Änderung dieser Hauptaufgaben ist unter den gegebenen Rahmenbedingungen (einziges österreichisches Forschungsinstitut im Bereich der Demographie, begrenzte personelle und budgetäre Ressourcen) nicht sinnvoll. Der Analyse-rahmen erweitert sich allerdings zusehends durch die europäische Integration und Kooperationen mit Instituten in den EU- und Beitrittsländern. Die Grundsatzentscheidung, am IfD keine Entwicklungsländerdemographie zu betreiben, bleibt trotz einzelner Bezüge (Bevölkerung-Wirtschaft-Umwelt in Sub-Sahara-Afrika) aufrecht.

Die Themengliederung im Bereich der angewandten demographischen Forschung in Fertilität/Familie, Migration/Integration und Mortalität/Alterung ist beizubehalten, weil alle diese grundlegenden Faktoren für die Bevölkerungsentwicklung kontinuierlich relevant sind und in ihren Politikfeldern Konsequenzen für bevölkerungsbezogene Gesetzgebungs- und Förderungsmaßnahmen zeiti-

gen, die letztlich auch zu evaluieren sind. Demographische Strukturen und Prozesse ändern sich in der Regel nur sehr langsam, wobei insbesondere Kohorteneffekte (Nachwachsen neuer Generationen) wirksam werden, aber auch Alters- und Periodeneffekte, die alle drei oft schwierig auseinander zu halten sind. Trotzdem sollen Änderungen in den Akzentsetzungen vorgenommen werden, wenn entsprechende Neuerungen dies nahe legen.

Zukünftige Entwicklung der Forschungsaktivitäten

- Ein Schwerpunkt der *formaldemographischen Forschung* wird auch mittelfristig im Bereich der Demoökonomie die Modellierung der wechselseitigen Interaktion demographischer, ökonomischer und umweltbezogener Faktoren sein. Eine konkrete Anwendung stellt der in Sub-Sahara-Afrika existierende „Teufelskreis“ zwischen Abbau natürlicher Ressourcen, landwirtschaftlicher Stagnation, Armut und hohen Bevölkerungswachstumsraten dar. Die schlechte Qualität der Daten erfordert eine weitreichende Sensitivitätsanalyse, die auch zur Herleitung von Bedingungen für das Auftreten des Teufelskreises, insbesondere im Zusammenhang mit dem Grad der Einkommensungleichheit, dient.
- Den zweiten Schwerpunkt bildet die Dynamik von Altersstrukturen. Vom Alter als der wichtigsten Variablen hängen viele andere demographisch relevante Variablen ab. Die Dynamik von Altersstrukturen ist in hohem Maße politikrelevant; das Altern der Bevölkerung erfordert enorme Anpassungen in vielen Bereichen. Stabile Altersstrukturen, um welche seit Euler und Lotka die formale Demographie kreist, gibt es in der Realität nie. In Übergangszeiten mit sich ändernder Fertilität, Mortalität und Migration kann die Altersstruktur bedeutende Ungleichgewichte aufweisen, deren Zustandekommen und Konsequenzen es zu untersuchen gilt. Basierend auf Überlegungen von Arthur und McNicoll ist die Entwicklung einer mathematisch fundierten „Theorie der Bevölkerungspolitik“ geplant. Als Ausgangspunkt soll ein Bevölkerungsmodell mit einem Jahrgangsmodell der Kapitalakkumulation kombiniert werden, wobei die Fertilität und die Investitionsrate als Steuerungsvariablen fungieren. Weiters sollen altersstrukturierte populationsdynamische Modelle auf die Bereiche Arbeitslosigkeit, Humankapital und Epidemiologie (HIV/AIDS) angewendet werden. Es sind Synergien mit der Abteilung für angewandte Demographie zu erwarten.
- In der *angewandten demographischen Forschung* sind zwei Aufgabenbereiche zu unterscheiden, die auch in Hinkunft die Tätigkeit des IfD bestimmen werden. Zum einen geht es um die Durchführung von Studien im Rahmen übergeordneter gesellschaftlicher Fragestellungen, für die ein Bezug zu demographischen Prozessen gegeben ist. Der zweite Aufgabenbereich ist unmittelbar poli-

tikberatend und betrifft die Erstellung von Berichten zur demographischen Lage und die Mitarbeit an demographierelevanten Ressort- und Regierungsberichten. In diesem Kontext wird sich ein Projekt mit der Rolle der Bevölkerungswissenschaft im politischen Diskurs der Zwischenkriegszeit befassen. In den einzelnen Forschungsfeldern zeichnen sich folgende Fragestellungen ab:

Fertilität, Familienbildung, Familien- und Sozialpolitik

Nach dem starken Geburtenrückgang der 70er-Jahre ist die österreichische Fertilität in den 90er-Jahren nochmals (auf 63% des Ersatzniveaus) gesunken. Die Veränderungen der letzten Jahrzehnte (neben dem Geburtenrückgang der Anstieg des Fertilitätsalters und des Anteils nichtehelicher Geburten, der Rückgang der Erstheiraten sowie der Anstieg des Heiratsalters und der Scheidungsraten) werden durch die nachwachsenden Generationen weitergehen. Sie werden von einer Anhebung und Angleichung des Bildungsniveaus beider Geschlechter und einer steigenden Frauenerwerbstätigkeit begleitet. Zugleich verliert das traditionelle Rollenbild von Frauen an Bedeutung. Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Inwieweit liegen bei den skizzierten demographischen Prozessen transitorische Phänomene im Lebenszyklus vor (späte Heirat, späte Realisierung des Kinderwunsches) und inwieweit führen sie auf Dauer zu „neuen“ demographischen Biographien und familialen Lebensformen?
- Welchen Stellenwert besitzt die Vereinbarkeit von weiblicher Berufstätigkeit und Familie im Hinblick auf Kinderwunsch und Familienbildung? Welche Rolle spielen dabei die institutionellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen?
- Welche Folgen haben Bildungs- und Qualifikationschancen von Männern und Frauen sowie innerpartnerschaftliche Geschlechterverhältnisse auf Familienbildung und familiale Lebensformen? Wie steht es um die Väterrolle und die Partizipation der Väter am Familienleben?
- Welche Effekte wohlfahrtsstaatlicher Strukturen und nationalstaatlicher Politiken (Sozial-, Arbeitsmarkt-, Familien- und Geschlechterpolitik) auf Fertilität und Familie sind in Europa seit den 80er-Jahren feststellbar?

Migration, Ausländerintegration, Migrations- und Ausländerpolitik

Zur Befriedigung eines (sektoralen) Arbeitskräftemangels wird Österreich auch in den kommenden Jahrzehnten Immigranten benötigen. Die Zuwanderung ist durch einschlägige gesetzliche Bestimmungen seit 1993 in hohem Maße politisch steuerbar. Integration geht derzeit vor Neuzuwanderung, doch ist die Retention der Immigranten weitgehend unbekannt. Die Erweiterung der EU wird die Stellung Österreichs als Ziel- bzw. Transitland der interna-

tionalen Migration beeinflussen. Die folgenden Forschungsfragen sollen mittelfristig angegangen werden:

- Welche Migrationsmuster haben sich in den 90er-Jahren herausgebildet? Wie unterscheidet sich die soziodemographische Struktur der „neuen“ Zuwanderung von der traditionellen Arbeitsmigration?
- Welche Meinungen und Einstellungen der österreichischen Bevölkerung zu Ausländermigration und -integration lassen sich in Weiterführung bisheriger Studien feststellen?
- Wie ist die Situation der „zweiten Generation“ von Immigranten, deren Möglichkeiten und Zukunftserwartungen?
- Welche Größenordnungen von „Zuwanderungsbedarf“ bis 2050 lassen sich unter verschiedenen plausiblen Annahmen aus der zu erwartenden Entwicklung der Altersstruktur der österreichischen Bevölkerung errechnen (*Replacement Migration*)?

Mortalität und Morbidität, Bevölkerungsalterung

Die Lebenserwartung der österreichischen Bevölkerung wird sich in Zukunft weiter erhöhen. Ausschlaggebend dafür ist der Sterblichkeitsrückgang bei den älteren Menschen. Derzeit bzw. nach 2020 erreichen darüber hinaus geburtenstarke Jahrgänge das Pensionsalter. Die Konsequenzen dieser Entwicklungen für die Altersstruktur Österreichs sind gut prognostizierbar: Die Zahl und der Anteil älterer Menschen werden steigen. An einschlägigen Forschungsfragen lassen sich formulieren:

- Wie entwickeln sich die sozialen Unterschiede in der Sterblichkeit insgesamt und nach Todesursachen?
- Welche Konsequenzen politischer Maßnahmen lassen sich aus modellhaften Verknüpfungen zwischen demographischen, wirtschaftlichen und pensionsrechtlichen Parametern für die nächsten 50 Jahre ableiten?
- Wie verändern sich die Lebensformen, der Gesundheitszustand und die Erwartungen der Menschen hinsichtlich des Lebens im höheren Alter bei Erwachsenen und Senioren mit zunehmendem Alter?

Im Gegensatz zur Mehrzahl der Industriestaaten gibt es in Österreich bisher keine Längsschnittstudie, die sich mit Fragen individueller, lebenslaufbezogener Veränderungen im Erwachsenenalter auseinandersetzt. Eine solche, organisatorisch, finanziell und methodisch sehr aufwendige Panelstudie soll in den nächsten Jahren an der ÖAW etabliert werden.

Konsequenzen des demographischen und sozialen Strukturwandels

Die Veränderungen der Bevölkerungs- und Sozialstruktur führen zu Konsequenzen in wichtigen Politik- und Gesellschaftsbereichen wie dem Bildungs-

system und der Qualifikationsstruktur der Bevölkerung bzw. des Arbeitskräftepotentials. Hier besitzt das IfD hochwertige Datenbasen und Prognosemodelle für den Sekundär- und Tertiärbildungsbereich und den Übergang in den Arbeitsmarkt. Analysen und empirisch gestützte Voraussagen der Konsequenzen dieses Strukturwandels werden auch mittelfristig zu den Forschungsaktivitäten des Instituts zählen und angesichts der sich dramatisch wandelnden Bildungslandschaft wachsende Bedeutung gewinnen.

Kooperationen und Interdisziplinarität

Beispiele für Neuerungen im Arbeitsprogramm des IfD sind unter anderem

- neue wissenschaftliche Erkenntnisse (Mathematische Kontrolltheorie mit verteilten Parametern in der Formaldemographie, komparative Sozialstaatsklassifikationen bei der Analyse demographischer Effekte politischer Maßnahmen),
- neue gesellschaftspolitische Paradigmen (*Gender Mainstreaming*: Geschlechterpolitik-Ansätze bei Entwicklung von Erhebungsinstrumenten sowie bei Analysen der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie, „Treffsicherheit“ in der Sozialpolitik: Effekte von Studiengebühren bis hinunter auf die sekundäre Ebene des Bildungssystems, Neukalibrierung von Bildungsprognosemodellen),
- neue Kooperationen, wie das EU-geförderte Netzwerk integrierter Bevölkerungsforschung NIEPS, dessen Ziel die Weiterentwicklung von Erhebungs- und Analyseinstrumenten in den drei Bereichen Fertilität (Gender, Family and Work), Migration (Cultural Specificity and Integration of Migrants) und Bevölkerungsalterung (Ageing and Intergenerational Solidarity) ist,
- neue Möglichkeiten bzw. Ideenbringer; hier ist ein habilitierter Forscher zu nennen, mit dessen Hilfe der langgehegte Plan der Einrichtung einer Longitudinalstudie über das Altern realisiert werden soll. Der zuletzt genannte Inhalt wird sich daher im Arbeitsprogramm verstärken, wenn es gelingt, ausreichend ÖAW- und Drittmittel bereitzustellen.

Die Bevölkerungsforschung ist per se eine inter- und multidisziplinäre Wissenschaft. Am IfD arbeiten formal-, natur- und sozialwissenschaftlich ausgebildete Forscher. Die synergetische Nähe zur Statistik Österreich ist ein wesentliches Strukturmerkmal des IfD. Im Lauf der Zeit wurde eine Reihe von interdisziplinären Forschungsprojekten durchgeführt bzw. waren Mitarbeiter des Instituts an interdisziplinären Projekten beteiligt. Auch das gegenwärtige Forschungsprogramm sieht Kooperationen mit Einrichtungen außerhalb der ÖAW in erheblichem Umfang vor, und zwar sowohl in der formalen als auch in der angewandten Demographie. Neben den bereits bestehenden Kooperationen ist in Hinkunft die Durchführung gemeinsamer Forschungsaktivitäten mit folgenden Institutionen geplant (Auswahl):

- IIASA Laxenburg, Max-Planck-Institut für demographische Forschung (MPI) Rostock und RAND Pittsburgh: Altersstrukturdynamik,
- Observatoire Démographique Européen (St-Germain-en-Laye): Analyse der Bevölkerungsentwicklung bzw. demographisches Monitoring,
- University of Wisconsin und MPI Rostock: Analyse des Fertilitätsverhaltens von Stieffamilien.

Personal- und Infrastrukturbedarf

Zur Abdeckung der zentralen Forschungsbereiche der Demographie wäre mittelfristig (wie die Evaluierung 1997 ergeben hat) eine Aufstockung auf zwölf wissenschaftliche Mitarbeiter dringend notwendig. Nur auf diese Weise wäre es möglich, in den einzelnen Bereichen zumindest zwei Wissenschaftler zu beschäftigen, um auch bei personellen Veränderungen eine Kontinuität der Forschung zu gewährleisten. Damit eng zusammenhängend ist auch ein Ausbau der Dienstleistungsinfrastruktur des Instituts unverzichtbar, wofür die Evaluatoren 1997 eine Aufstockung auf acht Kräfte vorgeschlagen haben (sechs wissenschaftliche Hilfskräfte, worunter unbedingt auch EDV-Personal verstanden werden müsste, und zwei Sekretariatskräfte).

Der räumliche Ausbaubedarf von ca. 200 qm wurde bei der ÖAW angemeldet und sollte vorzugsweise am Standort Kegelgasse gedeckt werden, da der erste Standort Statistik Österreich nicht erweiterbar ist. An beiden Standorten bestehen ausreichende EDV-Infrastrukturen, jedoch mangelt es an personellem EDV-Support. Eine Akquirierung von Forschungsgeldern außerhalb des öffentlichen Sektors erschien bisher aus wissenschaftlicher Sicht wenig sinnvoll. Sponsoringmöglichkeiten böten zwar die privaten Versicherungsunternehmen bzw. -verbände, eine Integration der Bedürfnisse dieses Sektors und wissenschaftlicher Anliegen war aber nicht erfolgreich. Ein Forschungsschwerpunkt „Altern“ sollte in Anbetracht des langfristig bevorstehenden Alterungsschubs möglicherweise auf Interesse in den Bereichen Pharma, Medizintechnik und Elektronik sowie Ernährung, Fitness/Wellness, Wohnen und Reisen stoßen.

Institut für Stadt- und Regionalforschung (ISR)

Hauptzielrichtung des Forschungsprogramms

Die Hauptzielrichtung der am ISR betriebenen Forschungen wird sich in Bezug auf die bereits im Jahr 2000 vorhandenen Schwerpunkte kaum verändern. Sie wird weiterhin im Bereich der „vergleichenden europäischen und lateinamerikanischen Stadtforschung“, der „Transformationsforschung“ und der „empirischen Sozialforschung“ mit den Themenschwerpunkten „Segregation und Migration“ liegen. Neu ist die Einbeziehung der „Alpenforschung“ in das Programm, was sich aus den Möglichkeiten ergibt, die ein neuer Forschungsschwerpunkt der

ÖAW und des Wissenschaftsministeriums bietet. Freilich werden die vorhandenen Schwerpunkte in den nächsten fünf Jahren nicht nur fortgeführt, sondern auch vertieft werden.

- Im Forschungsschwerpunkt *Stadtforschung* wird der Fragenkreis der Suburbanisierung in Bezug auf Wohn- und Wirtschaftsfunktionen verstärkt internationalisiert werden. Die Einbindung des Instituts in die COST Aktion C 10 „Outskirts of European Cities“ bildet dazu eine gute Plattform. Ferner werden die Projekte zur Wettbewerbsfähigkeit europäischer Agglomerationen intensiviert, wobei an die Einrichtung eines europäischen Stadtmonitoring gedacht ist. Besonders relevant erscheinen in diesem Zusammenhang Untersuchungen zur Struktur und Dynamik des Einzelhandels und der Dienstleistungen. Trotz der Internationalisierung der vergleichenden Metropolenforschung wird Wien ein wichtiger Referenz- und Untersuchungsraum bleiben. Dort werden auch weitere Fragen (Kultur, Nachnutzung, Umwelt, Funktion der Plätze) behandelt.
- In der *Transformationsforschung* wird sich die Perspektive von den ost- und ostmitteleuropäischen Staaten auf Lateinamerika erweitern, wo zunächst Grundlagenforschungen betrieben werden sollen. Auf dieser Basis werden in mittlerer Frist Vergleiche möglich, aus denen Entscheidungshilfen und Problemlösungsstrategien entwickelt werden können. Ferner werden Fragen der neuen Informationsmedien im Rahmen der globalen Transformation behandelt.
- In der *Segregations- und Migrationsforschung* werden vier Strategien verfolgt, und zwar die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit sozialer und beruflicher Mobilität sowie mit dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, mit den Fragen von ethnischer Segregation und Integration sowie der Xenophobie. Auch hiezu erfolgen nicht nur Studien in Europa, sondern auch in Lateinamerika, um interkulturelle Erfahrungen zu verwerten.
- Als neuer Themenschwerpunkt zeichnet sich im Rahmen der Mitarbeit am „Internationalen Komitee Alpenforschung“ die *Alpenforschung* ab. Hiemit soll ein neuer internationaler Akzent gesetzt werden, um die derzeit noch stark auf Österreich bezogenen Untersuchungen innerhalb des gesamten Alpenbogens vergleichbar zu machen. Als erster Schritt ist eine Analyse der raumstrukturellen Veränderungen und Probleme im ganzen Alpenraum geplant. Strategie des Instituts ist es, auf der Grundlage seiner interdisziplinären Ausrichtung in die Rolle eines zentralen Koordinationsfokus des österreichischen Anteils der Alpenforschung hineinzuwachsen.

Zukünftige Entwicklung der Forschungsaktivitäten

Die in den letzten Jahren auf wenige, aber sehr innovative Forschungsschwerpunkte fokussierte Ausrichtung des ISR (*balanced importance strategy*) soll nicht aufgegeben werden, da sie sich sehr bewährt

und sich das ISR auf diesen Feldern einen hohen Stellenwert in der *scientific community* erarbeitet hat.

Da die laufenden Forschungsschwerpunkte eine längerfristige Bearbeitung erfordern und auch mittelfristig hoch aktuell bleiben, werden sie voraussichtlich bis 2005 beibehalten. Die laufenden Teilprojekte werden jedoch je nach Projektlaufzeit pünktlich beendet. In Kürze wird mit der Fertigstellung einer Arbeit zur Investitionstätigkeit in Wien der frühere Schwerpunkt des ISR zur Investitions- und Immobilienforschung abgeschlossen werden.

Die 1999 beendete Forschung zur mathematischen Theorie- und Modellbildung wird nicht wieder aufgenommen. Sollte es zur Realisierung eines „Alpen-Atlas“ kommen, kann jedoch die traditionelle kartographische Aktivität, die vor Jahren sehr intensiv betrieben wurde, wieder belebt werden, wenn auch nicht im alten Umfang. Im Falle der Realisierung ist es das Ziel, Österreich in diesem zentralen internationalen Projekt zu vertreten und den österreichischen Alpenanteil wissenschaftlich zu bearbeiten. Die Atlas-Herstellung wird jedoch externalisiert. Universitätsinstitute und Verlage haben bereits ihre Mitarbeit angeboten.

Keine der laufenden Aktivitäten wird vor ihrem geplanten Abschluss eingestellt werden. Alle Projekte folgen dem Zeitplan, große Schwierigkeiten sind nicht zu erwarten. Der Erkenntnisfortschritt in den Projekten lässt einen erfolgreichen Abschluss mit relevanten Ergebnissen erwarten.

Kooperationen und Interdisziplinarität

Sämtliche Themenbereiche sind an der internationalen Forschungsfront der Raumwissenschaften, insbesondere der Geographie, angesiedelt und daher gleichrangig. Sie werden sowohl in inhaltlicher als auch in methodischer Sicht neue Erkenntnisse erbringen. Ferner sollen Ideen für eine nachhaltige Stadtentwicklungsplanung, für die Bewältigung von sozialen und ökonomischen Problemen der Transformation und der Probleme des ethnischen Miteinanders in plurikulturellen Gesellschaften in Wissenschaft und Politik entwickelt werden.

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse, Ideen und Synergieeffekte sind in hohem Grade von der Intensivierung der bereits vorhandenen internationalen und interdisziplinären Vernetzung

- COST (Coopération européenne dans le domaine de la recherche scientifique et technique),
- GINCO (Grenoble, Innsbruck, Nagano, Chambery and others),
- Internationales Komitee Alpenforschung,
- EU-Partner

zu erwarten, weitere Kooperationen werden angestrebt. Ein Problem stellt noch der personelle Mangel an einem methodisch exzellenten und mit der „Geoinformatik“ vertrauten Mitarbeiter dar. Moderne raumwissenschaftliche Forschung ist ohne das Werkzeug Geographischer Informationssysteme kaum mehr denkbar. Insbesondere für die verglei-

chende europäische Stadtforschung und für die transnationale Alpenforschung, die die Harmonisierung, Verwaltung, Verarbeitung und Interpretation großer Datensätze erfordern, ist eine derart orientierte neue Stelle unbedingt erforderlich.

Die multidisziplinäre Zusammensetzung des Mitarbeiterstamms am ISR (Geographen, Soziologen, Politologen, Volkskundler, Historiker) erlaubt eine stark interdisziplinäre Behandlung der Forschungsthemen. Die enge Vernetzung mit Nachbardisziplinen war daher schon in Vergangenheit und Gegenwart ein Kennzeichen des Instituts. Die bereits vorhandene transdisziplinäre Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern, Gebietskörperschaften und Planungsbüros wird in Zukunft weiter verstärkt werden. Sowohl das Forschungsnetzwerk zur Segregationsforschung als auch die Netzwerke zur Stadtforschung (COST, Virtuelles Projekt, Wettbewerbsfähigkeit) sind transdisziplinär zusammengesetzt. Diese Zusammenarbeit ist ein Markenzeichen des ISR. Zahlreiche Veröffentlichungen in nationalen und internationalen Organen, die zum Teil mit den internationalen Partnern gemeinsam publiziert werden, demonstrieren die Kooperationsfähigkeit des Instituts. In Zukunft sollen, basierend auf den guten Erfahrungen eines im Internet durchgeführten Projektes (Virtuelles Projekt), die neuen Kommunikationstechnologien verstärkt für die Kooperation mit internationalen Partnern eingesetzt werden. Partnerfächer sind vor allem sozialwissenschaftliche Disziplinen (Soziologie, Politikologie, Demographie). Neue Fächer können durch regionalwissenschaftlichen Schwerpunkt Alpenforschung hinzukommen (Biologie, Geologie).

Die Strategie des ISR ist darauf gerichtet, die internationale Vernetzung auch in Zukunft noch zu verstärken. Neue Partnerinstitutionen wurden in Mexiko und Chile gefunden, die Zusammenarbeit mit Israel (Ben Gurion Universität) wird ebenso ausgebaut wie das Netzwerk der Alpenforschung (Universitäten, CIPRA, Internationales Komitee) und zur Informationstechnologie (UNESCO). Die begonnene Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Partnern in den USA (Chicago, Gainesville, San Diego, Baltimore) soll aktiviert werden und möglichst in ein mehrjähriges Forschungsprojekt münden.

Personal- und Infrastrukturbedarf

Wegen der großen Bedeutung GIS-gestützter Forschung muss eine neue Wissenschaftlerstelle für einen Geoinformatiker geschaffen werden. Ob dafür Umschichtungen beim vorhandenen Personal möglich sind, ist zweifelhaft, da diese Mitarbeiter bereits voll ausgelastet und mit ihrer je spezifischen wissenschaftlichen Ausrichtung für das Profil des Instituts sehr wichtig sind. Ferner wird darauf zu achten sein, dass Mittel für freie Dienstverträge für die sehr aufwendigen Vorarbeiten (Anbahnung und Konzepterstellung) von EU-Projekten zur Verfügung stehen.

Zum Selbstverständnis des ISR gehört die Positionierung in der europäischen Spitzenforschung, so dass die nötige personelle Flexibilität in diesem Bereich sehr wichtig ist.

Schon jetzt reichen die Räumlichkeiten des ISR für das Team und die aus Drittmitteln bezahlten Projektmitarbeiter kaum aus. Notlösungen sind an der Tagesordnung, so dass mittelfristig neue Räume hinzugewonnen werden müssen. Dagegen ist die Infrastruktur insbesondere im EDV-Bereich vorbildlich und muss nur auf dem Stand der Technik gehalten werden.

Das mittelfristige Forschungsprogramm bietet eine Reihe von Anreizen für nicht traditionelle Sponsoren. Teile werden als EU-Anträge konzipiert, andere Bereiche (insbesondere Wien und umlandbezogene Projekte) sind für die Stadt Wien und das Land Niederösterreich interessant. Da verstärkt Entscheidungshilfen für räumliche Planungs- und Nutzungsentscheidungen erarbeitet werden, ist an die Vermarktung von Produkten bei sog. *End-Usern* gedacht (Handbücher, *Guidelines*, *Education Tools* etc.). Schließlich soll die Zusammenarbeit mit der UNESCO ausgebaut werden, um auch dort Forschungsgelder einzuwerben.

Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA)

Hauptzielrichtung des Forschungsprogramms

Die großen Arbeitsschwerpunkte des ITA werden beibehalten. Nach wie vor konzentriert sich die Arbeit auf Informations- und Telekommunikationstechnologien, Medizintechnik, Biotechnologie, Umwelt sowie auf allgemeine und technologiepolitische Aspekte von Technikfolgen-Abschätzung (TA); quer zu diesen Erkenntnisobjekten liegen die Schwerpunkte auf Regulierung im weitesten Sinn und auf Schnittstellenproblemen Organisation/Technik. Innerhalb dieser Bereiche gibt es jedoch zwei Schwerpunktverlagerungen: Im Bereich Umwelt hat der Abgang eines führenden Mitarbeiters zu einer Umstrukturierung der Beschäftigung mit Themen der Nachhaltigkeit geführt; mittelfristig werden Fragen des vorsorgenden Umweltschutzes stärker im Zentrum der Forschungstätigkeit stehen. Im Bereich Telekommunikation verlagert sich die Forschungskonzeption des ITA zunehmend auf die Folgen der Digitalisierung aller Lebensbereiche, von der Digitalisierung der Wissenschaft über die der staatlichen Verwaltung, von Dienstleistungen und Medizin, bis zu den Folgen der Digitalisierung für die Privatsphäre.

Zukünftige Entwicklung der Forschungsaktivitäten

Von der Telekommunikation zur Digitalisierung aller Lebensbereiche

Aus der Sicht der TA ist die Revolution der Telekommunikation – vom Monopol zum regulierten Wettbewerb und von der Kupferlitze zu Glasfaser

und Mobilkommunikation – noch nicht abgeschlossen, die großen Weichenstellungen sind aber getroffen.

- Daher beschäftigt sich das ITA weiterhin mit zentralen Problemen wie dem Wettbewerb in den Zugangsnetzen oder – im Rahmen eines EU-Projekts – mit den Stärken und Schwächen Europas bei Basistechnologien, die in Zukunft computerbasierte Geräte nahtlos miteinander integrieren werden, um eine Vielzahl alltäglicher Verrichtungen beinahe unbemerkt unterstützen zu können.
- Die für die TA relevanteren Probleme stellen sich jetzt jedoch – medienunabhängig – verstärkt im Bereich der Folgen der digitalen Revolution für die einzelnen Anwendungsbereiche. Vier davon werden in der Berichtsperiode im Zentrum der längerfristigen Forschung des ITA stehen: die Folgen
 - für die wissenschaftliche Arbeit,
 - für Dienstleistungen, insbesondere der öffentlichen Hand,
 - für die Medizin (im Rahmen des Bereichs Medizintechnik),
 - für die Privatsphäre.

Mit den meisten dieser Themen beschäftigt sich das Institut schon seit längerem, sie werden in den nächsten Jahren schwerpunktmäßig zusammengefasst verstärkt bearbeitet; demgemäß werden sie im Folgenden etwas genauer dargestellt.

- Die Forschungen über die Folgen der digitalen Revolution für die Wissenschaft laufen im ITA unter dem Stichwort *Cyberscience* und erfolgen zum Teil unter Nutzung von Fazilitäten des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln. Sie gehen davon aus, dass sich mit dem Instrument des vernetzten Computers nicht bloß die Arbeitsprozesse (Informationsbeschaffung, Kommunikation, Verfassen des Textes, etc.) ändern, sondern auch Inhalte und Struktur (Links, Hypertext, unmittelbarer Zugriff auf das Material, etc.) sowie Publikations- und Bibliothekswesen (Internet, elektronische Publikation, die laufend angepasst werden kann). Eine Publikation zu diesem Thema liegt bereits vor, ein Projekt des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung steht derzeit in Arbeit. In weiterer Folge sind Erhebungen über die für wissenschaftliche Zwecke eingesetzten I&K-Technologien, die darauf basierenden innovativen Dienstleistungen sowie die neuen Aktivitäts- und Organisationsformen geplant. Als weitere wichtige Forschungsfrage erscheint die Beziehung zwischen Wissenschaftskommunikation und Produktion von Ergebnissen, und die nicht-technologischen Einflussfaktoren (soziale, kulturelle, politische, ökonomische) sowie der Einfluss beider auf die Forschungsinhalte.
- Für den *Dienstleistungssektor* und vor allem die staatlichen Dienstleistungen bieten Digitalisierung und elektronische Netze besonders große

Möglichkeiten. Das Institut hat die wachsende Bedeutung dieses Themenbereichs schon zu einem frühen Zeitpunkt erkannt und beschäftigt sich seit 1998 mit den als *e-Government* bezeichneten Entwicklungen. Im Anschluss an eine breit angelegte Studie im Auftrag des Bundeskanzleramts werden seither spezifische Themen detailliert ausgearbeitet, wie z. B. das *one-stop-government*. In einem großen EU-Projekt über innovative Dienstleistungen werden innerhalb der nächsten zwei Jahre zukunftsorientierte Modelle und Szenarien der Dienstleistungsproduktion in EU-Europa identifiziert und analysiert. Das Spektrum umfasst Dienstleistungen der Sparten Verwaltung, Verkehr, Tourismus, Umwelt, Gesundheit sowie für Personen mit spezifischen Bedürfnissen. Die mit der Digitalisierung von immer mehr Lebensbereichen einhergehenden Gefahren für den sozialen Zusammenhalt werden anhand des Schlagworts *Digital Divide* untersucht. Aufbauend auf eine bereits durchgeführte Bestandsaufnahme der Situation in Österreich bedeutet die Analyse von Barrieren des Zugangs zu und der Nutzung von neuen Informationsinfrastrukturen eine laufende Aufgabe.

- Die Folgen der Digitalisierung für die *Medizin* hat das ITA in der Vergangenheit etwa an den Beispielen Digitales Krankenhaus oder Medcard untersucht. Auch derzeit stehen einige interessante Projekte in Diskussion; ihre Behandlung wird jedoch durch Kapazitätsengpässe erschwert, die sich vor allem aus der intensiven Beschäftigung mit HTA (Health Technology Assessment) ergeben (siehe unten: Medizintechnologie).
- Sehr viel stärker als bisher wird sich das ITA in den nächsten Jahren mit den Folgen der Digitalisierung auf die *Privatsphäre* beschäftigen. Auch dieses Thema ist für das Institut nicht wirklich neu: In den Bereichen Zahlungsverkehr und Gesundheitswesen wurden Teilaspekte bereits untersucht. Derzeit ist eine Vorstudie über Beeinträchtigungen der Privatsphäre in Österreich für die Bundesarbeitskammer in Arbeit. Das geplante, umfassende Forschungsprogramm „Privacy“ nimmt die Datenspuren zum Ausgangspunkt, die die neuen elektronischen Medien über Aktivitäten in vielen Lebensbereichen mehr oder weniger unsystematisch hinterlassen; immer häufiger werden Daten aber auch gezielt gesammelt. Den Bürgern ist der Zusammenhang zwischen alltäglichen Verrichtungen, der Inanspruchnahme von Dienstleistungen und den dahinter stehenden Datensammlungen vielfach nicht bewusst. Das Grundrecht auf Privatsphäre wird sowohl von staatlichen Stellen wie auch von kommerziellen Anbietern immer öfter in Frage gestellt. Das Forschungsvorhaben will zunächst empirisch aufzeigen, in welche Datensammlungen ein „Durchschnittsösterreicher“ in den verschiedenen Lebensabschnitten kommen kann. Aus der empirischen Analyse sollen verschiedene Szenarien ab-

geleitet werden, aus denen sich einerseits Regu-
lierungsbedarfe, andererseits Handlungsoptionen
für Bürger und Konsumenten ableiten lassen.

Zunehmende Bedeutung von HTA im Bereich Medizintechnologie

Im Bereich Medizintechnologie hat sich das Institut
in den letzten Jahren zunehmend mit Health Tech-
nology Assessment (HTA) beschäftigt, der Wirk-
samkeit medizinischer Interventionen und deren
ökonomischen und organisatorischen Implikationen.
Dieses Thema ist unter medizinischen wie unter ge-
sundheitspolitischen Aspekten (Kostenexplosion)
überaus relevant und wird demgemäß im Ausland
nicht bloß intensiv untersucht, sondern als Regu-
lierungsinstrument auch bereits eingesetzt. Als Start-
hilfe für HTA-Forschung hat das ITA in den letzten
Jahren einige Pilotprojekte aus eigenen Mitteln
finanziert, die zunächst eher im Ausland auf Inter-
esse stießen. Inzwischen herrscht auch in Öster-
reich reges Interesse. Es ist derzeit noch zu früh,
abzuschätzen, wie viel Arbeitskraft des Instituts für
derartige Vorhaben in nächster Zeit gebunden sein
wird, und wie weit eine Finanzierung zusätzlicher
Mitarbeiter über Drittmittel zweckmäßig erscheint.
Eine mittelfristige Planung in diesem Bereich, vor
allem eine Aufteilung der Kapazitäten auf HTA und
Telemedizin, wird erst im Laufe des Jahres möglich
sein.

Ähnliches gilt auch für den Bereich *Umwelt*. Das
Projekt „Nachhaltigkeitskonzepte“ war sehr stark
an die Person eines Mitarbeiters gebunden, der das
Institut leider verlassen hat. Eine unmittelbare Wei-
terführung des Projekts erscheint von den perso-
nellen Kapazitäten wie von der Finanzierung her
wenig zweckmäßig. Derzeit arbeitet der Bereich an
mehreren Projekten im Bereich vorsorgender
Umwelttechnologien; ein längerfristiges Forschungs-
konzept ist in Arbeit, das die Schwerpunkte Nach-
haltigkeits- und umweltpolitische Konzepte betref-
fend Vorsorge und Vermeidung, Hemmnisse und
Antriebskräfte für Entwicklung und Einsatz vorsor-
gender und zukunftsfähiger Umwelt- und Nachhaltig-
keitstechnologien und ihres Durchsetzungspo-
tentials umfasst.

Biotechnologie sowie Allgemeine und technologiepolitische Aspekte von TA

Im Bereich Biotechnologie wird die erfolgreiche
Konzentration der Forschung auf Risikokonzepte,
Akzeptanz und die Analyse gesellschaftlicher Tech-
nikkonflikte fortgesetzt. Es geht dabei einerseits um
Zulassungskriterien und Regulierungsbedingungen
für gentechnisch veränderte Organismen und Pro-
dukte. Hier ist insbesondere eine Auseinanderset-
zung mit dem Vorsorgeprinzip vorgesehen, das als
Instrument der Regulierung immer größere Bedeu-
tung bekommt, aber umstritten ist. Andererseits
werden die vergleichenden Untersuchungen der öf-
fentlichen Wahrnehmung und Politik zum Thema

Gentechnik in Österreich und in Europa weiterge-
führt. Hier ist die Aufklärungsfunktion von Wissen-
schaft besonders gefordert.

Die Arbeit der nächsten Jahre wird nicht zuletzt
das EU-Projekt „Life Science in der europäischen
Gesellschaft“ prägen, das im Rahmen des 5. EU-Rah-
menprogramms über drei Jahre läuft. Ziel ist, ein
umfassendes Bild von der öffentlichen Wahrneh-
mung der Biotechnologie/Gentechnik in den jewei-
ligen Ländern und der Politik in diesem Bereich zu
liefern und Grundlagen zu schaffen, um sinnvolle
Vergleiche zu ziehen. Im Mittelpunkt einer Buchpub-
likation, an der sich das ITA beteiligt, wird die ver-
gleichende Auswertung der letzten Eurobarometer-
Umfrage, der Medienberichterstattung und der Bio-
technologie-Politik in Europa stehen. In der Folge
wird grundsätzlicheren Fragen nachgegangen, wie
nach dem Verhältnis von öffentlicher und veröf-
fentlichter Meinung, den Bedingungen für Vertrauen
in regulatorische Entscheidungen, dem Verhältnis
von Wissen und Akzeptanz, der sozialen Repräsen-
tation von Bedrohungsbildern und kontroversen
Anwendungen der Biotechnologie, wie Stammzel-
lenforschung, genetischen Analysen und den Grün-
den für die Kontroverse um gentechnisch verän-
derte Nahrungsmittel. Da der Konflikt um die Gen-
technik paradigmatisch für Risikokontroversen in
modernen Gesellschaften ist, lassen sich über den
Anlassfall hinaus allgemeine Erkenntnisse gewinnen.
Mit einer größeren Buchpublikation soll die Ge-
schichte und insbesondere der demokratiepolitische
Aspekt dieses Konflikts in allgemein verständlicher
Weise thematisiert werden.

Als spezialisierte TA-Institution in Österreich hat
das ITA Aufgaben betreffend Allgemeine und tech-
nologiepolitische Aspekte von TA als Knoten eines
Netzwerkes, Betreuung der TA-Datenbank, TA-
Newsletter, Veranstaltung von Konferenzen, Beob-
achtung neuer Methoden und Forschungseinrich-
tungen der TA im Ausland sowie Aufgaben im Be-
reich Technology Foresight. Das Material der
Delphi-Studie gibt wertvolle Hilfe für die Erarbei-
tung technologiepolitischer Konzepte. Das Institut
unterstützte diesbezüglich die Bundesministerien
für Verkehr, Infrastruktur und Technologie wie für
Arbeit und Wirtschaft betreffend Raumfahrt, Vor-
feldforschung-IT und e-Economy. Weiters beschäf-
tigt sich das Institut mit Methoden der partizipati-
ven und der parlamentarischen TA, die derzeit in
Österreich – anders als im Ausland – noch keine
Bedeutung haben; so wirkt es etwa an dem EU-Pro-
jekt „Partizipative Methoden der Technikfolgen-
Abschätzung und Technologiepolitik“ mit, das den Ein-
fluss partizipativer TA und seinen Einfluss auf die
Politik in Europa evaluieren soll.

Alle diese Aktivitäten werden auch in den kom-
menden Jahren fortgesetzt.

Kooperationen und Interdisziplinarität

Kooperationen erfolgen inter- und transdisziplinär,
jedoch ohne methodischen Synkretismus, mit einer

großen Zahl ausländischer TA-Institute, die einerseits aus gemeinsamen Projekten stammen, andererseits aus der Mitgliedschaft in institutionellen Netzwerken. Darüber hinaus wurden durch die lange Erfahrung des Instituts mit EU-Projekten (seit 1988) stabile Kooperationsbeziehungen mit einer Vielzahl ausländischer Forschungseinrichtungen geschaffen. An inländischen Kooperationspartnern und Auftraggebern sind vor allem die Bundesministerien für Verkehr, Infrastruktur und Technologie, für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Soziale Sicherheit und Generationen, Arbeit und Wirtschaft, das Bundeskanzleramt, die Bundesarbeitskammer und die regionalen Krankenanstalten-Gesellschaften zu erwähnen.

Personal- und Infrastrukturbedarf

Bedarf an zusätzlichem Personal besteht vor allem im Bereich der Schwerpunkte Medizintechnologie und Schutz der Privatsphäre; in den tabellarischen Fortschreibungen wurde er aus verschiedenen Gründen nicht berücksichtigt: Weil die Schwerpunkte noch relativ neu sind, und der Bedarf an spezifischen Qualifikationen nur schwer abgeschätzt werden kann, weil noch unklar ist, ob und in welchem Maße für diese Schwerpunkte auch Drittmittel akquiriert werden können, vor allem aber, weil gerade in diesen Bereichen hochqualifizierte Mitarbeiter mit dem ÖAW-Gehaltsschema sehr schwer zu bekommen sind. Zunächst wird sich das ITA mit Werkverträgen behelfen. Spätestens 2002 wird der Personalplan allerdings überarbeitet werden müssen.

Forschungsstelle für institutionellen Wandel und europäische Integration (IWE)

Hauptzielrichtung des Forschungsprogramms

Die erst seit 1998 bestehende IWE widmet sich dem Phänomen der Transformation von Staatlichkeit unter den Bedingungen von Prozessen der Liberalisierung, Globalisierung, regionalen Integration, Migration und der Föderalisierung multinationaler Gesellschaften. Dabei steht die europäische Integration als Prozess der rechtlichen Verdichtung und die Frage nach der Qualität dieser neuen „Staatlichkeit“ im Zentrum des Forschungsinteresses. Ein wesentlicher Motor der Veränderung von Staatlichkeit ist die Herausbildung einer europäischen Informationsgesellschaft und einer Digitalen Ökonomie auf der Grundlage eines neuen Kommunikationssystems, das unter dem Titel Mediamatik (Media, Telematik) untersucht wird. Diese beiden Themenkomplexe überlagern sich in der Frage nach der Veränderung von Bedingungen und Qualität politischer Öffentlichkeit und der Rechtsordnung durch die Transnationalisierung von Politik und die Entwicklungen im Mediensektor. Weiters analysiert die Forschungsstelle, wie sich durch supranationale europäische Integration, transnationale Wanderebewegungen und Autonomieforderungen

nationaler Minderheiten Konzeptionen und Grenzen demokratischer Gemeinschaften verändern.

Die Frage nach den Bedingungen und konkreten Ausformungen institutionellen Wandels durch die Tendenzen zur De-Nationalisierung ist der gemeinsame Nenner dieser Forschungsthemen. Zu ihrer Beantwortung stützt sich die IWE wesentlich auf die Theorien des Neuen Institutionalismus, die am besten jene interdisziplinäre Arbeitsweise ermöglichen, wie sie zur Behandlung dieses Themenbereiches unumgänglich ist. Die Mitarbeiter der Forschungsstelle kommen aus den Disziplinen Politik-, Kommunikations-, und Rechtswissenschaft und Ökonomie. Der wissenschaftliche Mehrwert der Arbeit an der Forschungsstelle besteht insbesondere in der innovativen Kombination von Institutionentheorie, Policyforschung und Rechtswissenschaft, stets im Bewusstsein der Historizität der zu untersuchenden Prozesse. Dieser Ansatz äußert sich vor allem in den Projekten

- Implementierung des EG-Rechts in Österreich,
- Europäische Verfassungsdiskurse,
- Transformation politischer Parteien durch europäische Integration,
- Mediamatikpolitik für die Digitale Ökonomie.

Der neu eingerichtete Forschungsschwerpunkt „Grenzen politischer Gemeinschaften“ ist in der normativen politischen Theorie und vergleichenden Politikwissenschaft angesiedelt. In den letzten 10 Jahren kommt es zu einer zunehmenden Kontextualisierung und Anwendungsorientierung normativer Theoriendebatten über *citizenship*, Nationalismus und kulturelle Differenz. Im Rahmen dieses Diskurses verfolgt der Schwerpunkt einen innovativen Zugang, indem er diese Fragen als Konflikte um die Grenzen politischer Gemeinschaften interpretiert und auf dieser Grundlage demokratische Lösungsansätze entwickeln will.

Zukünftige Entwicklung der Forschungsaktivitäten

Die seit der Gründung 1998 bearbeiteten Schwerpunkte werden sich nicht verändern, jedoch thematisch vertieft und erweitert:

- Im Projekt „Implementierung des EG-Rechts in Österreich“ wird es nach Abschluss der Untersuchungen im Bereich „Gerichte“ zu einer integrierten rechts- und sozialwissenschaftlichen Evaluierung der Ergebnisse kommen, während im Bereich „Gesetzgeber und Verwaltung“ vor allem eine Erweiterung der Rechtsbereiche angestrebt wird. Die Materialfülle in den Staatsfunktionen Verwaltung und Gerichtsbarkeit ist im universitären Alltag nicht zu bewältigen und rechtfertigt die Bearbeitung durch eine neue Forschungsstelle an der ÖAW. Nach Abschluss des Rechtsbereichs „Telekommunikation“ erfolgen Untersuchungen in den Bereichen „Umweltrecht unter Berücksichtigung der Bundesländer“ (Schwerpunkt: Umweltverträglichkeitsprüfung), „Steuerrecht“ und „Berufszugangsrecht“.

- Eine Erweiterung bisheriger Ansätze stellt der neue Schwerpunkt „Wege zu einer europäischen Verfassung“ dar, in dem aus politik- und rechtswissenschaftlicher Sicht zunächst nationale Verfassungstraditionen und -diskurse in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten (Österreich, Deutschland, Frankreich und Vereinigtes Königreich) dargestellt und dann auf ihre Kompatibilität oder Inkompatibilität mit neuen Verfassungsdiskursen im europäischen Kontext geprüft werden sollen. Im Zentrum steht dabei das Problem der Repräsentation, dessen Theoretisierung im nationalen wie im supranationalen Bereich nach wie vor eine vernachlässigte Aufgabe der Demokratietheorie ist.
- Auf der Grundlage methodologischer Arbeiten im Rahmen des Projektes „Transformation europäischer Parteien“ wird die Kombination von Institutionentheorie, Parteien- und Policyforschung an der konkreten Fragestellung über die Anpassung von nationalen Parteien und Verbänden an den europäischen Integrationsprozess im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und der Medienpolitik exemplifiziert. Vertiefend werden zur ersten Problematik Konsequenzen der WWU für die nationale Budget- und Steuerpolitik, Lohn- und Arbeitsmarktpolitik behandelt. Als gemeinsame Schnittmenge der Themenkomplexe europäische Integration und Medienentwicklung wird die Frage nach den Bedingungen und der Qualität von politischer Medienöffentlichkeit gestellt. Was bedeuten die Entwicklungen im Mediensektor (z. B. Fall des Rundfunkmonopols, wachsende Bedeutung des Internets) für die Möglichkeiten politischer Diskurse und damit für die Demokratieentwicklung im Allgemeinen? Wie werden die Teilnahmekancen von Einzelnen und Gruppen verändert? Diese letzte Frage soll auch in Hinblick auf Genderaspekte bearbeitet werden.
- Die Projekte zum Forschungsschwerpunkt „Europäische Informationsgesellschaft“ fokussieren auf die Veränderungen des gesellschaftlichen Kommunikationssystems in Richtung Mediamatik, der Wirtschaft in Richtung einer Digitalen Ökonomie und der Politik, die als Transformation der Staatlichkeit im Kommunikationssektor qualifiziert wird. Zur Vertiefung der bisherigen Forschungsergebnisse werden nun zum Themenbereich gesellschaftliches Kommunikationssystem die Auswirkungen von Internet, digitalem Fernsehen und Mobilkommunikation detaillierter untersucht. Zum Themenbereich Digitale Ökonomie folgen Analysen der Marktstrukturveränderungen durch e-Commerce und neue elektronische Zahlungssysteme, die in der Tradition der Geldentstehungstheorie von Carl Menger untersucht werden. Nach erfolgter Hypothesenbildung zur Transformation der Staatlichkeit im Kommunikationssektor ist geplant, neue Regulierungs-

ansätze wie die Selbst- und Co-Regulierung und alternative Formen der Marktmachtkontrolle zu analysieren.

Kooperationen und Interdisziplinarität

Alle Schwerpunkte und Projekte wurden in einer sorgfältigen Bewertung aktueller politischer und ökonomischer Probleme und damit zusammenhängender Forschungsdesiderata konzipiert. Dabei wird neben empirischen Forschungen auch auf die Theoriebildung besonderes Augenmerk gelegt. Ihr gemeinsamer Nenner sind der Wandel von Institutionen und die sozio-ökonomischen, politischen und rechtlichen Konsequenzen, die aus den Transformationsprozessen resultieren.

Das Projekt „Implementierung des EG-Rechts in Österreich“ ist aus mehreren Gründen von großer Bedeutung: Es versucht

- erstens die österreichische Situation auf möglichst umfassende Weise zu beleuchten, indem es erstmals alle drei Staatsfunktionen in eine wissenschaftliche Untersuchung einbezieht, und
- zweitens einen Beitrag zur europäischen Implementationsforschung zu leisten, wobei es quantitativ und qualitativ oft über die geleistete Forschung in anderen Mitgliedstaaten hinausgeht.

Dies lässt sich einmal durch die Behandlung aller drei Staatsfunktionen, aber auch durch die rechts- und sozialwissenschaftliche Analyse des Implementierungsprozesses begründen. Nicht zuletzt will die Forschungsstelle in der Tradition einer alten Initiative der ÖAW-Kommission für Europarecht, internationales und ausländisches Privatrecht durch die Einrichtung des „Europarechtlichen Dialogs“ den österreichischen Forschern eine Plattform zur Diskussion ihrer Ergebnisse bieten.

Die Projekte „Transformation politischer Parteien durch europäische Integration“, „Grenzen politischer Gemeinschaften“ und „Europäische Verfassung“ gehören heute sowohl akademisch als auch Europa-politisch zu den Avantgardeprojekten, wollen sie doch Antworten auf die europäische Demokratiefrage liefern. Eine ganze Reihe internationaler Forschungseinrichtungen für Europafragen haben in den letzten Jahren ähnliche Schwerpunkte und Projekte eingerichtet, so etwa TEPSA (Trans European Policy Studies Association) und das Europäische Hochschulinstitut in Florenz zur europäischen Parteienfrage, die University of Sussex im Rahmen eines ESRC (European Social Research Council) Programms „One Europe or Several“, das Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung das Programm „European Governance“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft, das Berliner Institut für Europapolitik zur Verfassungsfrage. Mit diesen Einrichtungen unterhält die IWE rege Kontakte.

Die Projekte zur „Europäischen Informationsgesellschaft“ insbesondere zur Konvergenz im Kommunikationssektor, zum elektronischen Handel via

Internet und zur Transformation der Staatlichkeit im Kommunikationssektor berühren zentrale Probleme der europäischen Informationsgesellschaft und ihrer ökonomischen Grundlagen. Die bisher publizierten Forschungsergebnisse haben hohe internationale und nationale Beachtung gefunden. Sie tragen sowohl zur Umorientierung der Ausrichtung innerhalb der Disziplin der Kommunikationswissenschaft als auch zur Veränderung der Politik im Kommunikationssektor bei. Die empirischen Resultate zu e-Commerce in Österreich bieten darüber hinaus eine Basis für internationale Vergleiche. Die Projekte erfolgen in Kooperation mit Partnern aus Europa, Japan und den USA.

Personal- und Infrastrukturbedarf

Zur erfolgreichen Weiterführung der Forschungsprojekte sollen Neueinstellungen vorgenommen werden, notwendige räumliche Veränderungen sind im Gang. Unabhängig von der Substitution schadhafter Ausrüstung sollte das beständige Erneuern der Hard- und Software gemäß den technischen Fortschritten sichergestellt werden.

Die Forschungsprojekte der IWE sind für Sponsoren aus Politik (Regierung und Parteien), Industrie (vor allem für Unternehmen der Digitalen Ökonomie), aber auch für supranationale Organe wie zum Beispiel die Europäische Kommission und den Europäischen Gerichtshof von Interesse.

